Hansestadt Wipperfürth

N I E D E R S C H R I F T

Sitzung:	Ausschuss für Schule und Soziales V/14
Sitzungstag:	Mittwoch, den 14.06.2023
Sitzungsort:	Alte Drahtzieherei Wupperstraße 8 51688 Wipperfürth
Beginn:	16:30 Uhr
Ende:	18:15 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung
1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
1.1.1. Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner
1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung
1.1.3. Einwohnerfragestunde
1.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse
1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

BEREICH SCHULE

1.4. Beschlüsse
1.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
1.6. Empfehlungen an den Rat
1.7. Anfragen
1.8. Anträge
1.9. Mitteilungen
1.9.1. Konrad-Adenauer-Hauptschule, Ergänzungsbau
Vorlage: M/2023/190
1.9.2. Engelbert-von-Berg-Gymnasium Sachstandsbericht
Vorlage: M/2023/191

1.10. Verschiedenes

BEREICH SOZIALES

1.11. Beschlüsse

1.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

1.13. Empfehlungen an den Rat

1.13. Unterbringung von Geflüchteten, Errichtung von Wohnraumcontainern in der
1. Bahnstraße
Vorlage: V/2023/812

1.14. Anfragen

1.15. Anträge

1.16. Mitteilungen

1.17. Verschiedenes

2. Nichtöffentliche Sitzung - enfällt -

Hansestadt Wipperfürth

A N W E S E N H E I T S L I S T E

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales,
am *14.06.2023*
von *16:30* Uhr bis *18:15* Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r	
Mederlet, Frank	SPD
Ratsmitglieder	
Billstein, Regina	SPD
Börsch, Stephan	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Börsch, Thomas	UWG
Felderhoff, Klaus-Dieter	UWG
Flosbach, Franz Josef	FDP
Heckersbruch, Jörg	CDU
Hirsch, Hartmut	CDU
Koletzko, Stefan	CDU
Liehn, Jürgen	SPD
Lieth, Alexander	CDU
Münnekehoff, Andrea	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Palubitzki, Lothar	CDU
Reich-Brinkmann, Annedore	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Surborg, Joachim	CDU
sachkundige Bürger	
Ackerschott, Simone	CDU
Flosbach, Ulrich	CDU
Irlenbusch, Verena	CDU
von Palubitzki, Jessica	SPD
sachkundige Einwohner	
Hesterberg, Imke	Inklusionsbeirat
beratende Mitglieder	

Bühlstahl, Peter	Vertreter der kath. Kirche

Bürgermeisterin

Loth, Anne	parteilos

Verwaltungsvertreter/in

Berger, Susanne	intern
Brüning, Renate	intern
Hasbach, Mathias	intern
Leineweber, Sarah	intern
Marondel, Marius	intern
Meier-Thijssen, Manuela	intern

Schriftführer/in

Schalenbach, Carolin	intern

Es fehlten:

beratende Mitglieder

Weichert, Matthias	Ev Kirchenkreis An der Agger

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Er begrüßt die interessierte Öffentlichkeit, insbesondere die Bürger*innen aus dem Bahnhofsviertel, die anwesenden Schulleitungen, Herrn Dr. Stefan Corssen von der Bergischen Landeszeitung und die Verwaltungsmitglieder mit Bürgermeisterin Anne Loth an der Spitze.

1.1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner

Entfällt.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde werden von den Bürgern Herr Bodo Will und Herr Axel Schmidt zu TOP 1.6.1 folgende Fragen gestellt:

In der Nähe der Bahnstraße befinde sich der Steinkreis, unter der Wupperbrücke treffen sich alle möglichen Gruppierungen, die Auslastung der Parkfläche an der Bahnstraße sei höher als die an der Lenneper Straße, zudem liege das Grundstück im Hochwassergebiet. Welche Kriterien für eine Flüchtlingsunterkunft seien ausschlaggebend für das Grundstück an der Bahnstraße?

> Fachbereichsleiter Stephan Hammer erläutert, dass die Parkfläche an der Lenneper Straße relevant für den Einzelhandel und für Berufspendler sei. Die Innenstadt sei faktisch zugeparkt. Im Gegensatz dazu befinden sich in der Bahnstraße keine Einzelhandelsniederlassungen. Für den Innenstadtausbau wurde die Parkfläche an der Bahnstraße über mehrere Jahre reibungsarm anderweitig genutzt. Außerdem sei die Auslastung der Parkfläche Lenneper Straße in der Langzeitbetrachtung deutlich größer als die der Parkfläche an der Bahnstraße. So sei das Grundstück an der Bahnstraße besser geeignet.

Weiter wird gefragt, wieso eine Containerlösung geplant sei.

> Die Verwaltung verweist auf den Zeitgewinn.

Darüber hinaus wird die Frage gestellt, wie lange die Planung für einen anderen Standort dauere.

Frau Renate Brüning gibt für die eigentliche Neu- oder Umplanung einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen an. Nach der Sommerpause werde das Bauvorhaben erneut in den Ausschüssen vorgestellt, so dass eine Dauer von zusätzlichen drei Monaten zu erwarten sei.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden ergeben sich keine weiteren Fragen aus der Bürgerschaft.

1.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse

Entfällt.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

Entfällt.

BEREICH SCHULE

1.4 Beschlüsse

Entfällt.

1.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

Entfällt.

1.6 Empfehlungen an den Rat

Entfällt.

1.7 Anfragen

Entfällt.

1.8 Anträge

Entfällt.

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Konrad-Adenauer-Hauptschule, Ergänzungsbau Vorlage: M/2023/190

Frau Renate Brüning erläutert, dass das beratende Büro conceptK das Raumprogramm auf Synergien und Auswirkungen auch im Hinblick auf den Ergänzungsbau prüfe. Auf die Frage des Ausschussvorsitzenden be-

stätigt sie das Risiko, möglicherweise Zeit zu verlieren, andererseits werde wahrscheinlich die unnötige Verausgabung von Geldern vermieden.

Ratsfrau Andrea Münnekehoff fragt nach, ob der Fachunterricht zwischenzeitlich gesichert sei. Frau Renate Brüning informiert, dass die Errichtung des Ergänzungsbaus mindestens eineinhalb Jahre benötigt hätte. Dementsprechend seien keine Auswirkungen auf den Fachunterricht zu erwarten.

1.9.2 Engelbert-von-Berg-Gymnasium Sachstandsbericht
Vorlage: M/2023/191

Frau Renate Brüning berichtet, dass conceptK das Raumprogramm am Engelbert-von-Berg-Gymnasium prüfe. Die Ergebnisse und deren Auswirkungen seien abzuwarten, um unnötige Kosten zu vermeiden. Neue Informationen werden nach den Sommerferien mitgeteilt.
Die Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, ob die bisherige Kosteneinschätzung eingehalten werden könne, bejaht sie.
Darüber hinaus erklärt sie, dass Planungsleistungen über Vergabeverfahren ausgeschrieben werden. Hier seien die Kriterien Qualität des Planungsbüros und Preis zu berücksichtigen. Das ursprünglich ausgewählte Planungsbüro hatte positive Referenzen zu verzeichnen, dass die Arbeitsergebnisse nicht den Vorstellungen entsprachen, sei nicht absehbar gewesen. Weiter weist sie daraufhin, dass Planungsbüros für die technische Gebäudeausrüstung derzeit sehr gefragt seien, diese sich attraktive Projekte aussuchen können und es demnach schwer sei, geeignete Planungsbüros mit freien Kapazitäten zu finden.
Unmittelbare Auswirkungen auf die gerade erst beschlossene Prioritätenliste sieht Frau Renate Brüning nicht.
Ratsherr Christoph Goller möchte wissen, ob sich planerische Synergien aus dem Projekt an der Konrad-Adenauer-Hauptschule ziehen lassen. Vorerfahrungen seien immer hilfreich, antwortet Frau Renate Brüning, die Ergebnisse von conceptk bleiben weiter abzuwarten.

1.10 Verschiedenes

Entfällt.

BEREICH SOZIALES

1.11 Beschlüsse

Entfällt.

1.12 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

Entfällt.

1.13 Empfehlungen an den Rat

1.13.1 Unterbringung von Geflüchteten, Errichtung von Wohnraumcontainern in der Bahnstraße
Vorlage: V/2023/812

Beschlussempfehlung an den Rat:

1. Zur Unterbringung von Flüchtlingen sind Wohnraumcontainer in der Bahnstraße auf einem unbebauten Grundstück, Flur 88, Flurstück 139 zu errichten. Die Nutzungsdauer wird auf 5 Jahre festgelegt, bei einer Unterbringung von maximal 28 Personen.

2. Das Integrationskonzept ist bis zur Errichtung der Container unter Beteiligung der Ehrenamtlichen zu überarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt ein Gesamtkonzept zur Unterbringung von Flüchtlingen/Obdachlosen zu erstellen. Hierbei sind insbesondere die Standorte Wipperhof und der Parkplatz Lenneper Straße ebenso einzubeziehen, wie mögliche weitere private Flächenangebote.

4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in wie weit unter anderem die Bahnstraße und andere Flächen für den sozialen Wohnungsbau geeignet sind.

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1: einstimmig

zu Punkt 2: einstimmig

zu Punkt 3: einstimmig

zu Punkt 4: abgelehnt bei mehreren Gegenstimmen und Enthaltungen

****

Bürgermeisterin Loth begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die rege Beteiligung aus der Bürgerschaft.

Herr Johannes Brochheuser vom Planungsbüro Brochheuser Herbertz PartmbB erläutert die Planung anhand der in der Anlage (nur digital) beigefügten Präsentation.

Auf die Frage von Ratsherrn Wolfgang Ballert nach einer Toilette im Beratungsraum antwortet Frau Renate Brüning nach Abstimmung mit Frau

Susanne Berger, dass ein Dauerarbeitsplatz vor Ort nicht geplant sei.

Auf Bitte von Ratsfrau Bärbel Schröder erläutert Herr Johannes Brochheuser, dass zu Bundesstraßen Abstände einzuhalten seien und für bestehende Gebäude Bestandsschutz gelte. Eine genaue Prüfung erfolge mit der weiteren Planung.

Darüber hinaus fragt Herr Ernst Kappe nach den Möglichkeiten zur Lüftung des Mittelgangs. Die Be- und Entlüftung erfolge mechanisch, so Herr Johannes Brochheuser.

Ratsfrau Regina Billstein erkundigt sich, ob und wie Familien in den Wohnraumcontainern untergebracht werden. Herr Brochheuser teilt mit, dass zwei Einheiten zusammen genutzt werden können.

Frau Renate Brüning informiert, dass bei regulärem Verlauf im Frühjahr 2024 mit der Fertigstellung der Anlage zu rechnen sei.

Ratsherr Klaus-Dieter Felderhoff merkt an, dass das Integrationskonzept aus dem Jahr 2018 sei und dringend einer Überarbeitung bedürfe.

Bürgermeisterin Anne Loth bestätigt Ratsherrn Heribert Berster, dass andere Grundstücke gesucht und geprüft wurden, es derzeit jedoch keine weiteren Alternativen gebe. Unter anderem die von Ratsherrn Klaus-Dieter Felderhoff angesprochenen Standorte Kesselhaus-Parkplatz und Kreuzberg kämen nicht in Frage.

Ratsherr Franz-Josef Flosbach bittet darum, die Planung der Lenneper Straße und des Wipperhofs weiterzuverfolgen und im Weiteren Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau nachhaltig vorzuhalten.

Für die SPD macht der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet noch einmal deutlich, dass eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in der gesamten Stadt Ziel bleiben müsse – auch getreu dem ISEK Motto „Sieben Dörfer – Eine Stadt“. Außerdem habe die SPD sehr bewusst bereits im März 2023 ein Integrations- und Betreuungskonzept als elementar für den Standort eingefordert. Hier müsse weiter mit Hochdruck dran gearbeitet und die bisher nicht erfolgte Einbindung der Ehrenamtlichkeit dringend nachgeholt werden. Im Rückblick auf die Einwohnerfragestunde bittet der Ausschussvorsitzende die Verwaltung noch einmal Kontakt mit der Bürgerschaft Bahnhofsviertel bezüglich des Thema „Steinkreis“ aufzunehmen und gemeinsam zu überlegen inwieweit Verbesserungen möglich sind. Im Übrigen sei es wichtig die Bürgerschaft auch bei der weiteren Umsetzung des Projekts mitzunehmen und stets zeitnah zu informieren. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes – siehe Punkt 3 – mit der Qualifizierung weiterer Standortoptionen sei unabdingbar, um nicht von der Hand in den Mund zu leben. Für die SPD wiederholt er das Erfordernis sozialen Wohnungsbau in Wipperfürth voran zu treiben. Das Grundstück Bahnstraße eigne sich aus seiner Sicht sehr dafür und sollte daher untersucht werden.

Bürgermeisterin Anne Loth spricht den dringenden Handlungsbedarf für das Unterkunftsgebäude Wipperhof an. Um den Unterbringungsbedarf zu decken, gehen die Planungen weiter. Für eine gelingende Inklusion werde die erneute Bereitschaft mitzuwirken der ehrenamtlichen Vereine, wie Öko-Initiative, Wipp-Frauen und WippHilft, wesentlich sein.

In Abänderung des Beschlussentwurfs der Verwaltung formuliert der Ausschussvorsitzende die Punkte 1- 4 neu für die Abstimmung.

Daraufhin wird um 17:50 Uhr die Sitzung auf Antrag der CDU zur Beratung der einzelnen Fraktionen unterbrochen.
Um 18:00 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt und über die Beschlussentwürfe abgestimmt. Der Punkt 4 - Prüfung sozialer Wohnungsbau -, beantragt von der SPD, wird im Wesentlichen mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt.

1.14 Anfragen

Entfällt.

1.15 Anträge

Entfällt.

1.16 Mitteilungen

Entfällt.

1.17 Verschiedenes

Entfällt.

2 Nichtöffentliche Sitzung - enfällt -

Frank Mederlet
- Vorsitzende/r -

Carolin Schalenbach
- Schriftführer/in -